

Junge SVP Thurgau

# zuepacke und vüreluege

Die Zeitschrift der Jungen SVP Thurgau

**Sicherheit gefährden?**

- Keine Hilfe bei Naturkatastrophen.
- Kein Schutz bei Krisen.
- Keine Unterstützung bei Grossveranstaltungen.
- Keine Verteidigung im Kriegsfall.

**NEIN**  
zur Abschaffung der Wehrpflicht!

Junge SVP Schweiz  
www.jsvp.ch  
PC 30-22529-2

**Abstimmungen vom 22. September 2013**

- Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»
- Änderung Epidemiegesezt
- Änderung Arbeitsgesezt



## **Geschätzte Parteikolleginnen und Parteikollegen**

Am 22. September 2013 finden drei nationale Volksabstimmungen statt. Die wichtigste davon ist klar die Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht. Die (Junge) SVP setzt sich klar für den Erhalt der Wehrpflicht als Grundlage unserer Sicherheit ein. Mit der Initiative würde das Erfolgsmodell Schweiz zerstört.

Daneben gaben auch das Epidemien Gesetz und die Öffnungszeiten der Tankstellenshops zu reden.

In dieser Parteizeitung informieren wir euch über alle Vorlagen und zeigen die verschiedenen Positionen auf.

An der Mitgliederversammlung vom 06. September 2013 wurden die drei Vorlagen zum Teil rege diskutiert und die Parolen der Jungen SVP Thurgau gefasst. Die Resultate findet ihr in dieser Ausgabe unserer Zeitschrift.

Beste Grüsse

Oliver Straub

Präsident Junge SVP Thurgau

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abstimmungsvorlagen</b> .....	<b>4</b>
Volksabstimmung „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“ .....	4
Epidemiengesetz (EPG) .....	5
Revision Arbeitsgesetz .....	6
<b>Intern</b> .....	<b>7</b>
Jubiläumsveranstaltung 20 Jahre Junge SVP Thurgau .....	7
Mitgliederversammlung.....	8
Impressum .....	9



[www.jsvp-thurgau.ch](http://www.jsvp-thurgau.ch)

## Abstimmungsvorlagen

### Volksabstimmung „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“

Das Volk entscheidet über die Abschaffung der Wehrpflicht. Neu wären sowohl der Militär- als auch der Zivildienst freiwillig und die Ersatzabgabe würde wegfallen. Somit würde die Armee neu eine freiwillige Miliz darstellen. Die Initiative wurde von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) lanciert und wird von der SP, Juso, den Grünen als auch kleineren Gruppierungen unterstützt.

Die **Befürworter** verweisen auf die Kosten für die Armee von 4.7 Milliarden Franken pro Jahr. Hinzu kämen volkswirtschaftliche Kosten, etwa wegen Wiederholungskursen. Zudem sei das heutige Massenheer im internationalen Vergleich veraltet und überdimensioniert, da ein Krieg für die Schweiz unrealistisch geworden sei. Ohnehin würden heutzutage nur noch gerade 52 Prozent der Stellungspflichtigen in die Armee eingeteilt. Somit brauche die Armee nur noch einen Bruchteil eines Jahrgangs.

Für die **Gegner**, darunter SVP, FDP, CVP, BDP, GLP, EVP und Militärorganisationen, ist eine freiwillige Milizarmee eine Illusion. Bei einer Abschaffung der Wehrpflicht müsste die Schweiz auf ein enormes Potential an Soldaten verzichten. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigten, dass freiwillige Armeen Mühe

hätten, genug gute Soldaten zu rekrutieren. Denn freiwillig würden sich zu wenige oder die falschen Personen melden. Zudem sei eine freiwillige Miliz faktisch eine Berufsarmee.

An der MV vom 6. Sept. 2013 fasste die JSVP TG folgende **Parole**:

Die Mitglieder der Versammlung empfehlen einstimmig die Volksinitiative abzulehnen. Das System der Wehrpflicht hat sich in der Vergangenheit bewährt und soll so weiter Bestand haben. Betrachtet man den Absender der Initiative (GSoA) wird einem schnell klar, welche Absicht hinter dieser Schwächung unserer Milizarmee stecken dürfte.

Fabian Meyerhans, Redaktor

**Sicherheit gefährden?**

- Keine Hilfe bei Naturkatastrophen.
- Kein Schutz bei Krisen.
- Keine Unterstützung bei Grossveranstaltungen.
- Keine Verteidigung im Kriegsfall.

**NEIN**  
zur Abschaffung der Wehrpflicht!

Junge SVP Schweiz  
www.jsvp.ch  
PC 30-2259-2

## Epidemiengesetz (EPG)

Am 22. September 2013 wird über das neue Epidemiengesetz (EPG) abgestimmt werden. Das Parlament hat den Entwurf zur Totalrevision des Epidemiengesetzes mit einer grossen Mehrheit gutgeheissen. Dagegen wurde jedoch das Referendum ergriffen.

Die **Gegner** des neuen Epidemiengesetzes führen folgende Argumente, die gegen das neue Gesetz sprechen, ins Feld:

1. Das Gesetz fusse auf sehr vagen und daher extrem interpretierbaren unbestimmten Rechtsbegriffen. So könne mit dem neuen Gesetz bspw. schon eine harmlose Erkältungswelle als Grund für etwaige Zwangsmassnahmen herangezogen werden.

2. Das neue Gesetz werde schliesslich dazu führen, dass Impfungen in der gesamten Schweiz obligatorisch werden würden.

3. Mit der Annahme des neuen Gesetzes bekomme die Weltgesundheitsbehörde (WHO) die Möglichkeit, bei einer gesundheitlichen Notlage von internationaler Tragweite auch Zwangsmassnahmen über die Schweiz zu verhängen.

4. Mit dem neuen Gesetz werde es dem Bund und/oder der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Zukunft möglich sein, Unternehmen, die sich nicht an die Anordnungen des neuen Gesetzes halten, zu schliessen.

Die **Befürworter** des neuen Epidemiengesetzes nennen folgende Argumente, die für die Annahme des neuen Gesetzes sprechen:

1. Besserer Schutz vor Epidemien: Epidemien wie SARS oder die Schweinegrippe hätten gezeigt, dass Staatsgrenzen für Bakterien und Viren kein Hindernis darstellten. Mit dem neuen Gesetz sei es möglich, für die schweizerische Bevölkerung einen besseren Schutz vor ebensolchen Krankheiten zu gewährleisten.

2. Das neue Gesetz ermögliche eine frühzeitigere Erkennung von übertragbaren Krankheiten und garantiere eine bessere Verhütung, Bekämpfung und Überwachung von ebendiesen. Weiter könnten mit dem neuen Gesetz die Kompetenzen des Bundes und der Kantone besser geregelt werden.

3. Das neue Gesetz führe dazu, dass sich die Anzahl Ansteckungen im Spital mit Hilfe von nationalen Massnahmenprogrammen verringern lasse.

4. Mit dem neuen Epidemiengesetz werde es dem Bund möglich sein, den Einsatz von Antibiotika dahingehend zu steuern, dass diese bei einem Ernstfall noch immer als wirkungsvolle Medikamente eingesetzt werden könnten.

5. Mit dem neuen Gesetz könnten die Kantone nur noch in Notsituationen ein Impfblogatorium für ausgewählte Personengruppen wie bspw. Ärzte und Pflegenden verordnen. Weiter werde das Gesetz nicht zu einem gesamtschweizerischen Impfwang führen.

Parolenfassung: Mit einer Stimme Unterschied wird die Nein-Parole gefasst. Als problematisch wird v.a. der Einfluss supranationaler Organisationen angesehen.

Michael Lindenmann, Redaktor

## Revision Arbeitsgesetz

Bereits heute gibt es 24 Tankstellenshops an vielbefahrenen Strassen, welche rund um die Uhr geöffnet sind. Zwischen 1 und 5 Uhr nachts kann man dort zwar Treibstoff, einen Kaffee oder einen kleinen Imbiss kaufen. Ein anderweitiger Verkauf (z.B. Tiefkühlpizza) während diesen Stunden ist allerdings verboten. Die Regale müssen abgesperrt werden. Das will die angestrebte Revision des Arbeitsgesetzes ändern – unter der Bedingung, dass die Waren auf die Bedürfnisse von Reisenden ausgerichtet sind.

Die **Befürworter** der Gesetzesänderung halten die heutige Praxis für ein bürokratisches Unding und eine Bevormundung. Dass der Staat bestimme, welche Produkte nachts in Tankstellenshops verkauft werden dürfen, sei absurd. Das Personal sei ja ohnehin vor Ort und die der geringfügige Ausbau der Nachtarbeit zumutbar. Weiter wird mit geänderten Einkaufsgewohnheiten argumentiert. Darüber hinaus gebe es Arbeitnehmer, die sehr gerne nachts arbeiten würden.

Die in der „Sonntagsallianz“ zusammengeschlossenen **Gegner** warnen vor einem Dammbbruch am Abstimmungssonntag. Sie verweisen auf weitere politische Vorstösse, welche in Richtung einer Liberalisierung der

Ladenöffnungszeiten zielen würden. Den Befürwortern wird eine Salami-taktik unterstellt, wonach das, was heute für Tankstellenshops gelte, morgen im ganzen Detailhandel die Regel zu werden drohe. Nachtarbeit schade der Gesundheit und der arbeitsfreie Sonntag müsse erhalten bleiben.

**Parole:** Diskussionslos wird die Ja-Parole beschlossen.

Fabian Meyerhans, Redaktor

# BRATWÜRSTE LEGALISIEREN!



### Jubiläumsveranstaltung 20 Jahre Junge SVP Thurgau



Die Junge SVP Thurgau feierte am 17. Mai 2013 zusammen mit Persönlichkeiten aus der Thurgauer und Schweizer Politik und über 70 Gästen ihr 20-jähriges Jubiläum. Als Referenten eingeladen waren SVP-Präsident Toni Brunner und SVP-Regierungsrat Jakob Stark.

1992 formierte sich in der Ostschweiz ein Jugendkomitee gegen den EWR-Beitritt, aus welchem 1993 die Junge SVP Thurgau hervorging. Am Freitag, 17. Mai 2013 veranstaltete die JSVP Thurgau deshalb eine Jubiläumsveranstaltung, um 20 Jahre Erfolgsgeschichte zu feiern. Rund 70 Personen, Aktive und Ehemalige folgten der Einladung der Jungen SVP. Der Präsident Benjamin Kasper erläuterte in seinem Rückblick über die vergangenen 20 Jahre die wichtigsten Ereignisse in der Geschichte der Jungpartei.

Dazu gehören unter anderem die Nationalratswahlen, an denen die Junge SVP Thurgau seit 1995 mit einer eigenen Liste teilnimmt und als wählerstärkste Jungpartei abschneiden konnte.

Als Gastreferenten waren SVP Schweiz Präsident, Nationalrat Toni Brunner sowie der Thurgauer Regierungsrat Jakob Stark geladen. Brunner und Stark unterstrichen in ihren Referaten den hohen Stellenwert des politischen Nachwuchses und ermunterten die Junge SVP Thurgau, weiterhin am Ball zu bleiben und für die gemeinsame Sache, nämlich Freiheit und Wohlstand zu kämpfen. Auch die Unabhängigkeit, im Besonderen bei der Parolenfassung sei eine wichtige Eigenschaft der Jungpartei, erläuterte Brunner. Die Musikgesellschaft Ermatingen umrahmte den würdigen Anlass und begleitete das gemeinsame Singen des Thugauerlieds.

Oliver Straub, Präsident





## Mitgliederversammlung

Am 25. Mai 2013 trafen sich die Mitglieder der Jungen SVP Thurgau in Frauenfeld zur Wahl des neuen Präsidenten und der neuen Parteileitungsmitglieder sowie zur Parolenfassung für die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 09. Juni 2013.

Benjamin Kasper hat nach viereinhalb Jahren das Präsidium der Jungen SVP Thurgau abgegeben. Er schaute zurück auf seine Zeit in der Parteileitung und insbesondere auf das vergangene Jahr. Die Parteileitung dankte Benjamin Kasper für seine Leistung und seinen Einsatz für die Partei. Auch Flavio di Nicola (Ressort Sekretariat) tritt zurück und wird für sein Engagement verdankt.

Als Nachfolger im Präsidium hat die Parteileitung den bisherigen Ressortleiter Medien Oliver Straub vorgeschlagen. Der 23-jährige Betriebswirtschaftsstudent und Bankkundenberater wurde von den Mitgliedern einstimmig zum neuen Präsidenten der Jungen SVP Thurgau gewählt. Er freut sich auf die neue Aufgabe und die Zusammenarbeit mit der Parteileitung.

Des Weiteren wurden auch Fabienne Egli (Ressort Sekretariat) und

Fabian Meyerhans (Ressort Medien) neu in die Parteileitung gewählt.

Die Junge SVP Thurgau konnte zwei Referenten für die Diskussion zur Volkswahl des Bundesrats gewinnen. Während Kantonsrat Hermann Lei sich für die Volkswahl aussprach, präsentierte Nationalrat Markus Hausammann die Gegenargumente. Die Junge SVP Thurgau beschloss nach ausführlicher Diskussion mit grosser Mehrheit die Ja-Parole.

Nach kurzer Vorstellung und ohne Diskussion wurde die Revision des Asylgesetzes einstimmig gutgeheissen.

Oliver Straub, Präsident





## Impressum



Herausgeber:

**Junge Schweizerische Volkspartei  
des Kantons Thurgau**

Tosistrasse 4  
8572 Berg TG

in Zusammenarbeit mit der  
Jungen SVP Schweiz

*Bilder stammen von den jeweiligen Kampagnenwebsites, bzw. von den persönlichen Websites der Autoren.*

Redaktion:

Fabian Meyerhans (Leitung)  
Oliver Straub  
Michael Lindenmann

Kontakt:

E-Mail: [medien@jsvp-thurgau.ch](mailto:medien@jsvp-thurgau.ch)